



Positionspapier



Präambel

Die **RAHMENBEDINGUNGEN**, unter denen soziale Dienstleistungen erbracht werden, verschärfen sich fortschreitend. Insbesondere seit dem Jahr 2008 steigt der durch die Krise bedingte Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Dies schlägt auf die finanzielle Ausstattung der Träger sozialer Dienste durch.

STEIGENDE BEDARFE

Parallel zur Verringerung budgetärer Spielräume steigen Bedarfe und Ansprüche an diese Dienstleistungen: Zum Beispiel bewirken die Veränderung der Altersstruktur in unserer Gesellschaft, hoher Leistungsdruck am Arbeitsplatz, strukturelle Arbeitslosigkeit und sich wandelnde Familienkonstellationen in einer schnelllebigen Gesellschaft, in der rasche Reaktion und Flexibilität gefordert sind, bei vielen Menschen Überforderung und Unterstützungsbedarf bei der Daseinsbewältigung.

PREKÄRE FINANZIERUNG

Die Arbeitsgruppe **FAIRSichern**, die sich innerhalb der Sozialplattform Oberösterreich konstituiert hat, befasst sich mit der Diskrepanz zwischen prekärer Finanzierung und steigenden Anforderungen an die gemeinnützigen Träger sozialer Dienstleistungen sowie den daraus resultierenden Folgen - auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen bei der Erbringung der sozialen Dienste. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, in der Öffentlichkeit Bewusstsein für erforderliche faire Rahmenbedingungen zu schaffen.

Arbeitsgruppe **FAIRSichern**:

- Helmut Bayer, B7 Arbeit und Leben
- Thomas Berghuber, Schuldnerberatung OÖ
- Luzenir Caixeta, maiz
- Stefan Enter, Bildungszentrum Salzkammergut
- Bernhard Enzenhofer, Verein ALOM
- Dorothea Dorfbauer, Verein SAUM
- Karin Hofmann, VFQ
- Andrea Jobst-Hausleitner, autonomes Frauenzentrum
- Mümtaz Karakurt, migrare
- Hubert Mittermayr, Verein Wohnplattform
- Michael Mooslechner, ARGE für Obdachlose
- Josef Pürmayr, Sozialplattform OÖ
- Gottfried Roithinger, Exit-sozial
- Elisabeth Rosenmayr, Exit-sozial
- Susanna Rothmayer, VSG
- Christian Winkler, Bischöfl. Arbeitslosenstiftung
- Heinz Zauner, ARGE für Obdachlose
- Martin Zwicker, Volkshilfe Arbeitswelt GmbH

Geschichte Entwicklung

IMPULSGEBER

Die aktuell agierenden gemeinnützigen Träger sozialer Dienste sind überwiegend in den 1980er und 1990er Jahren entstanden. Sie waren von Beginn an Impulsgeber für gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklungen. Ihre vielfach experimentelle Basis und gesellschaftskritische Haltung wurde konstruktiv zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme genutzt.

EXPERTISE

Die über viele Jahre erworbene Expertise fließt in vielschichtige und qualitativ hochwertige Angebote für benachteiligte Personen ein. Häufig aus regionalen Initiativen entstanden, fühlen sie sich neben der Unterstützungsleistung für bestimmte Personengruppen auch der förderlichen Entwicklung der Region verpflichtet, sie sind ein wichtiger Faktor im regionalen Gefüge.

SOZIALE SICHERUNG

Die gemeinnützigen Träger sind über viele Jahre verlässliche Kooperationspartner der öffentlichen Hand bei der Bewältigung sozialer und gesellschaftspolitischer Herausforderungen. Sie ermöglichen sozialen Ausgleich, Vielfalt, Partizipation und Innovation in der Gesellschaft und tragen damit maßgeblich zur sozialen Sicherung bei.



Aktuelle Situation

Das österreichische Sozialsicherungssystem ist anerkanntermaßen eines der weltweit besten, es wurde in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut. So machten es die gesellschaftlichen Veränderungen erforderlich, dass in den letzten 20 Jahren das Volumen der sozialen Dienste für SeniorInnen um mehr als das Zehnfache erhöht, jenes der AMS-Angebote für arbeitslose Personen sowie Leistungen der Behindertenhilfe um das Sechsfache, die Leistungen für Bewährungshilfe und Besachaltung um das Vierfache und die sozialen Dienste der Sozialhilfe zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung um beinahe das Dreifache (vergl. Nikolaus Dimmel, WISO 2012).

DIE HERAUSFORDERUNGEN STEIGEN WEITERHIN.

Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich, ebenso der Anteil jener Personen, die auf bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen sind. Die Wohnungslosigkeit insbesondere bei jungen Erwachsenen nimmt zu, der Zustrom Notreisender aus Osteuropa ist ungebrochen. In Bezug auf Chancengleichheit gibt es in vielen Bereichen kaum Fortschritte (MigrantInnen, Frauen, Behinderte), die Teilhabechancen marginalisierter Schichten sind nach wie vor prekär mit Tendenz zu Verschlechterung.

Volks- wirtschaftliche Bedeutung

140.000 BESCHÄFTIGTE

Nach Nikolaus Dimmel sind aktuell ungefähr 140.000 Menschen in Österreich im eigentlichen Sozialwirtschaftsbereich (Mindestsicherung und Sozialhilfe, Pflege, Behindertenbetreuung, Jugendwohlfahrt, aktive Arbeitsmarktpolitik) beschäftigt, in Oberösterreich davon abgeleitet ca. 25.000. Die gemeinnützigen Träger sozialer Dienstleistungen definieren und motivieren sich primär über ihre Gemeinwohlorientierung und die erbrachten Leistungen zur konkreten Verbesserung der sozialen Lage der von ihnen betreuten Personen. Die ökonomische Bedeutung dieses Sektors ist in mehrfacher Hinsicht beachtlich.

BESCHÄFTIGUNG:

Der Beschäftigungsmultiplikator liegt mit 16,3 an dritter Stelle aller Wirtschaftssektoren: Eine Million Euro zusätzliche Investition schafft 16,3 zusätzliche Arbeitsplätze. Im Vergleich dazu beträgt der Faktor in der Energiewirtschaft 3,8, im KFZ-Bereich 4,6 und im Bauwesen 10.

WERTSCHÖPFUNG:

Die Erhöhung der Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen von einer Million Euro löst eine Wertschöpfung von Euro 873.000 aus. Der Sozialbereich liegt damit an 5. Stelle aller Wirtschaftssektoren.

WIRKUNG:

Wenn hier die gesamtökonomischen Wirkungen des Sozialsektors beschrieben werden, soll auch der – mit Vorbehalt zu betrachtende – Parameter des SROI (Social Return on Investment) angeführt werden, der angibt, welcher monetäre und monetär bewertete soziale Rückfluss sich aus einem investierten Euro ergibt. Selbst bei sehr zurückhaltendem Zugang zur monetären Bewertung sozialer Wirkungen ergeben sich sehr häufig SROI-Werte von bis zum Vierfachen der eingesetzten Mittel oder sogar darüber (vergl. Ruth Simsa, Kontraste Dezember 2013).

WAHR- NEHMUNG

Immer wieder werden die durch die gemeinnützigen Träger sozialer Dienste erbrachten Leistungen gewürdigt und ein Bekenntnis zu deren Unverzichtbarkeit von der Politik und den Auftrag gebenden Institutionen der öffentlichen Hand geleistet. Anders sieht es mit der für die Leistungserbringung erforderlichen ausreichenden finanziellen Dotierung aus. Die normative Kraft der klammen Budgets relativiert diese Bekenntnisse rasch. In der Praxis verfestigt sich der Eindruck der Träger, überwiegend als Kostenfaktor denn als Erbringer erforderlicher Leistungen wahrgenommen zu werden. Dies ist angesichts der oben beschriebenen – auch gesamtökonomisch – überaus positiven Wirkungen unverständlich.

Kritik an den Bedingungen

Aus Sicht der Arbeitsgruppe **FAIRsichern** sind insbesondere folgende Punkte kritisch und verbesserungswürdig:

KRITISCHE BEDINGUNGEN:

Es gibt seit Jahren keine ausreichende Abgeltung der Teuerung und der Personalkostensteigerungen. Die Optimierungspotenziale der Trägerorganisationen sind längst ausgeschöpft.

- Steigende **FALLZAHLEN** sowie gestiegene Ansprüche an eine qualitativ hochwertige Betreuung werden durch die Auftraggeber bei der Dotierung der Förderbudgets nicht ausreichend berücksichtigt.
- Die Auftraggeber forcieren den Einsatz von **NORMKOSTENMODELLEN** und die zunehmende Normierung der sozialen Dienstleistungen für Menschen, die aufgrund ihrer Lebensumstände ja selbst aus der Norm gefallen sind, und daher individuelle Betreuungszugänge benötigen.
- Beim gegebenen Kostendruck und angesichts einer Personalquote von mehr als 70 % können nennenswerte **EINSPARUNGEN NUR IM PERSONALBEREICH** erzwungen werden. Das Beschäftigen langjähriger und somit höher entlohnter MitarbeiterInnen wird für die Träger zunehmend schwieriger.
- Nicht ausreichend dotierte Budgets und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für die Erbringung der sozialen Dienstleistungen bewirken **ARBEITSVERDICHTUNG UND ÜBERLASTUNG**. Daraus resultieren ein erhöhtes Krankheitsrisiko (Burnoutgefährdung von 27 %) sowie die Flucht in Teilzeitarbeitsverhältnisse, weil die Arbeitsbelastungen bei Vollzeit nicht mehr zu bewältigen sind.
- Bei der Planung von sozialen Dienstleistungen wird die jahrelange einschlägige **EXPERTISE** der umsetzenden Träger nicht ausreichend berücksichtigt. Darunter leiden die Qualität der in Auftrag gegebenen Dienstleistungen sowie die Zielgruppenadäquanz.
- Verstärkte Anwendung von **AUSSCHREIBUNGSVERFAHREN** im Vergabeprozess ohne ausreichende Berücksichtigung des Qualitätsaspektes bei der Angebotsbewertung.
- Die Beauftragung **GEWINNORIENTIERTER UNTERNEHMEN** mit der Erbringung sozialer Dienstleistungen, teilweise auf Basis von Erfolgshonorar. Damit verbunden sind Creamingeffekte (betreut werden jene, bei denen es sich rechnet) zulasten der besonders Bedürftigen und die Einstellung des Betriebes, wenn es sich ökonomisch nicht mehr rechnet. Somit entstehen im sensiblen Feld der sozialen Sicherung Angebotslücken bzw. Brüche im Verlauf der Betreuung von Personen.
- **EINMISCHUNG IN DIENSTGEBERBELANGE** durch die Fördergeber (z.B. bei Gehaltseinstufungen von MitarbeiterInnen der Träger).
- Die sich verstärkende Leistungsmessung an vorgegebenen, überwiegend outputorientierten **KENNZAHLEN** erschwert für die Träger in vielen Fällen die Verfolgung von Wirkungszielen.

Forderungen und Verbesserungsvorschläge

- Volle **VALORISIERUNG** der Teuerung und der Personalkostensteigerungen.
- Bedarfsgerechter **AUSBAU** der sozialen Dienstleistungsangebote sowie ausreichende Finanzierung.
- Ausreichende **DISPOSITIONSSPIELRÄUME** bei der unmittelbaren Erbringung der Dienstleistung sowie bei der Abrechnung der erbrachten Leistungen gegenüber den Fördergebern.
- Die gemeinnützigen Träger müssen **FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN** bieten. Die verfügbaren Budgets müssen die Möglichkeit dazu geben.
- Zeitgerechte und strukturelle **EINBINDUNG** der erfahrenen gemeinnützigen Träger bei der Angebots- und Programmplanung.
- Selbstbewusste und konstruktive **KRITIK** der Träger sozialer Dienstleistungen bei Fehlentwicklungen bzw. verbesserungswürdigen Sozialprogrammen verbunden mit einer partnerschaftlich orientierten **DISKURSKULTUR** der Auftrag gebenden Institutionen.
- Neuorganisation des Kennzahlenregimes in Richtung **WIRKUNGSORIENTIERUNG** und Wirkungsmessung.
- Schaffung des **SPIELRAUMS** für innovative Projekte
- Die **VIelfalt** der Angebots- und Trägerlandschaft garantiert Passgenauigkeit und die Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für flexibles und adäquates Reagieren auf entstehende Herausforderungen. Es gilt, die Vielfalt und **REGIONALITÄT** der Angebote zu erhalten.
- Gemeinnützige Träger sind der Förderung des **GE-MEINWOHLS** und nicht der Gewinnoptimierung verpflichtet. Sie sind der richtige und berechenbare Partner zur Lösung sozialer Aufgaben, bei deren Erfüllung die öffentliche Hand auf KooperationspartnerInnen angewiesen ist. Sie sollen bei der Beauftragung gewinnorientierten Unternehmen vorgezogen werden.

KONSTRUKTIVE GESTALTUNG DER ZUKUNFT

Um soziale Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es angesichts der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen einen selbstbewussten sozialpolitischen Diskurs. In diesem Zusammenhang können die Expertise und das Innovationspotenzial der langjährig erfahrenen gemeinnützigen Träger sozialer Dienstleistungen genutzt werden. Sie haben den idealistischen Anspruch, sozialen Ungleichheiten und Diskriminierungen entgegenzuwirken und so zum Ideal einer gerechten Gesellschaft beizutragen. Dieser Hintergrund beinhaltet auch eine gesellschaftskritische Haltung, die es für eine innovative und partizipative Weiterentwicklung unseres Sozialsicherungssystems zu nutzen gilt. Die sozialen Organisationen sind bereit, sich hier einzubringen.

Rückfragen und weitere Informationen:

Sozialplattform OÖ

Josef Pürmayr

Schillerstraße 9, 4020 Linz

0732-66 75 94-1, puermayr@sozialplattform.at

www.sozialplattform.at



SOZIALPLATTFORM
OBERÖSTERREICH

Schillerstraße 9, 4020 Linz
0732-66 75 94
office@sozialplattform.at
www.sozialplattform.at

Ein starkes NETZWERK von Sozialorganisationen

Unsere Kraft resultiert aus dem sozial- und gesellschaftspolitischen Engagement der Mitglieder und vieler befreundeter Sozialorganisationen über den Mitgliederbereich hinaus. Die Sozialplattform Oberösterreich bündelt die Interessen und gemeinsamen Anliegen. Sie kommuniziert sie mit EntscheidungsträgerInnen in Politik und in relevanten Institutionen. So helfen wir mit, Chancengerechtigkeit zu erhöhen: Wir FAIRsichern unsere Gesellschaft. Die Schwerpunkte der Sozialplattformarbeit sind Vernetzung, Information und Service, Interessenvertretung.

Vernetzung

ist mehr als eine Besprechung

Ein Netz gibt Sicherheit, ist stärker als ein einzelner Strang, nimmt mit, wenn die Kraft gerade ausgeht, versammelt, bietet kurze Wege. Ein Netzwerk bedeutet Einbindung und Kooperation.

In diesem Sinne organisieren und pflegen wir sowohl Netzwerke, die bestimmte Kategorien von sozialen Dienstleistungen verbinden (zum Beispiel Beschäftigungsprojekte, Wohnungslosenhilfe) als auch themenbezogene Netzwerke, die für alle Mitglieder interessant sind (zum Beispiel Armutsnetzwerk OÖ).

Nicht alle Angelegenheiten sind in Einzelgesprächen zu regeln. Dort, wo organisationsübergreifend Abstimmungen erforderlich und nützlich sind, bringen wir AuftraggeberInnen (Arbeitsmarktservice, Land Oberösterreich, Sozialministeriumservice) und Sozialorganisationen gemeinsam an einen Tisch.

Information und Service

keeping the flow!

Aus der Fülle von verfügbaren Informationen sortieren wir jene, die für die tägliche Arbeit und die Entwicklung unserer Mitglieder sowie deren MitarbeiterInnen wichtig sind. Über den Mitgliederbereich hinaus profitiert der gesamte Sozialsektor in Oberösterreich von unseren Angeboten. Wir stellen diese Informationen über geeignete Medien und Verteilungskanäle zur Verfügung und organisieren Informationsveranstaltungen und Tagungen.

Interessenvertretung

laut und deutlich

Die öffentlichen Haushalte sparen, die Angebote an sozialen Dienstleistungen werden ausgedünnt. Wir setzen uns für das bewährte System des Wohlfahrtsstaates ein. Überall dort, wo der Staat die erforderlichen Leistungen durch seine Organe nicht zufriedenstellend erbringen kann, sollen gemeinnützige Organisationen die sozialen Dienstleistungen übernehmen. Wir wollen die Zukunft der Sozialszene in Oberösterreich aktiv mitgestalten und sozialpolitische Entwicklungen positiv beeinflussen. Die Beauftragung gewinnorientierter Unternehmen sehen wir in diesem Kontext kritisch.

Dort, wo unser Vertretungsauftrag die Bundespolitik berührt, arbeiten wir mit bdv austria (Bundesdachverband Sozialer Unternehmen) sowie Sozialwirtschaft Österreich zusammen. In beiden Organisationen ist die Sozialplattform OÖ in Entscheidungsgremien mit Sitz und Stimme vertreten.